SOMALIA

Recht des Stärkeren

Während sich die neue Regierung in der Provinz verschanzt, haben radikale Islamisten die Schlacht um die Hauptstadt zum heiligen Krieg erklärt.

OLIVIER JOBARD / SIPA PRESS

Milizen in Mogadischu: *„Waffen aller Art“*

Die Truppe auf Baidoas kleinem Flughafen steht stramm wie eine Preußengarde und guckt tapfer in die gleißende somalische Sonne. Brigadegeneral Abdi Mohammed Fidow schreitet rasch die Reihen ab und gibt Kommandos: Augen rechts! Augen links! Vorwärts marsch! Und abtreten!

„Klappt wie geschmiert“, freut sich der Kommandant, „haben sie alles auf der Polizeischule gelernt.“ Das wackere Häuflein hat sich unterdessen in Bewegung gesetzt und marschiert in nagelneuen Khaki-Uniformen, die Frauen unter einem dezenten blauen Kopftuch versteckt, über den Flugplatz. Künftig soll es den Verkehr in der zerstörten Stadt regeln.

Das ist eine Aufgabe, die Mut erfordert. Denn in den Ruinen des Landes herrscht nach 15 Jahren Bürgerkrieg ein äußerst ruppiger Umgang mit Recht und Gesetz. Kaum im Einsatz, wären die jungen Ordnungshüter beinahe von ein paar wüsten Gesellen überfahren worden, die auf ihren Toyota Pick-ups durch die Gegend rumpeln und lässig ihre Schnellfeuergewehre über die Ladefläche hängen lassen.

Die Straße gehört den Milizen, heißt das, und Fidows junge Garde darf allenfalls den Verkehr regeln – solange sie nicht den Unmut der örtlichen Gangs erregt. In Somalia gilt immer noch das Recht des Stärkeren, auch wenn in die Provinzstadt Baidoa, knapp 250 Kilometer nordwestlich von Mogadischu, jetzt eine Regierung eingezogen ist – mit einem Präsidenten, einem Premierminister und richtigen Parlamentariern. Und ebenjener Polizistentruppe, die heute den aus Nairobi angereisten Vertretern der Vereinten Nationen und Italiens so stolz präsentiert wird.

Die Weltgemeinschaft und Rom gehören zu den wichtigsten Finanziers der neuen politischen Führung. Die hat sich eine kaum zu bewältigende Arbeit aufgebürdet. „Noch immer terrorisieren fast 50 000 Gunmen dieses Land“, klagt der Abgeordnete Mohammed Abdi Hayir. Hayir ist eine Respektsperson in Somalias neuem Parlament – ein alter Mann mit durchdringend blauen Augen und schlohweißem Bart. Aus sicherer Entfernung hat er sich die Mummenschanz-Parade der neuen Polizeikräfte angesehen.

Er würde gern noch die Rückkehr des Friedens erleben, glauben daran mag er nicht. „Ungehindert werden Waffen aller Art über den Indischen Ozean ins Land gebracht“, sagt Hayir, „und bezahlt werden sie vom Geld, das die Mitarbeiter der Uno ins Land tragen.“ Bis zu vier Geländewagen voller Bewaffneter werden bisweilen zum Schutz eines einzigen Weißen benötigt, Kostenpunkt 100 US-Dollar pro Pick-up am Tag.

Auch das Geschäft mit Entführungen und Schiffspiraterie boomt. Bis zu 500 000 Dollar muss zahlen, wer sein von Gangstern aufgebrachtes Schiff zurückerhalten möchte. 23 Kaperungen vor der Küste Somalias innerhalb von zwölf Monaten registrierte das International Maritime Bureau in London.

Sicherheit existiert nirgendwo. „Allein in der Hauptstadt Mogadischu sind in den vergangenen Wochen etwa hundert Menschen bei Schießereien ums Leben gekommen“, sagt Uno-Berater Rolf Helmrich. Der ehemalige Bundeswehroffizier war schon 1993 im somalischen Belet Huen stationiert, danach arbeitete er für die Weltorganisation. Vor zwei Jahren wurde Helmrich selbst gekidnappt und erst nach zehn Tagen freigelassen. Nun trainiert er junge Mitarbeiter der Vereinten Nationen, die sich auf das Wagnis Somalia einlassen. Bei der Überwachung des Funkverkehrs konnte er mithören, dass sich der Ton zwischen den rivalisierenden Milizen in den letzten Wochen erheblich verschärft hat.

Der blutigste Kampf tobt um die Kontrolle der Hauptstadt. Eigentlich müsste die neue somalische Regierung möglichst schnell ihren Sitz nach Mogadischu verlegen, so hat es das Parlament beschlossen, und das fordert auch die Logik des anarchischen Gemetzels, das keinen Präsidenten duldet, der nicht in der Lage ist, sein Recht notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Wie Somalias neuer Präsident Abdullahi Jussuf Ahmed trotzdem die Kontrolle über Mogadischu erlangen will, bleibt sein Geheimnis. Dort herrscht seit je der Clan der Hawiye, und Jussuf ist ein Abkömmling der rivalisierenden Darod aus Puntland im Nordosten Somalias.

Unmittelbar nachdem er im Herbst 2004 im sicheren Nairobi zum Präsidenten gewählt worden war, hatte er 20 000 Uno-Soldaten angefordert, die ihm den Weg in die Hauptstadt ebnen sollten. Doch als Uganda und Äthiopien sich bereiterklärten, Soldaten zu entsenden, riefen plötzlich radikale Islamisten zum Dschihad auf. Seitdem eskaliert in Somalia wieder einmal die Gewalt. Denn den Gotteskämpfern hat sich eine selbsternannte Anti-Terror-Allianz entgegengestellt, die Hilfe aus Washington erhalten soll.

„Wir werden nach Mogadischu gehen“, verkündet Premierminister Ali Mohammed Ghedi dennoch trotzig, „wir wissen nur noch nicht, wann.“

Hilflos muss der Regierungschef abwarten, wer die Schlacht um Mogadischu gewinnt. In der Zwischenzeit feiert er kleine Erfolge. 1600 Milizionäre habe man bereits in Umschulungslagern am Rande der Stadt einquartiert, verkündet Ghedi optimistisch, immerhin ein Anfang im „Prozess der Entmilitarisierung“.

Dann hetzt er wie ein getriebenes Tier zu einem der vier gepanzerten Landcruiser, die sternförmig vor dem provisorischen Parlamentsgebäude vorgefahren sind. Und braust, den Matsch der roten Erde aufspritzend, mit seinen Bodyguards davon – er hat wieder einen Tag in Somalia unbeschadet überstanden, und auch das ist ein Grund zur Freude. THILO THIELKE